

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Freie Demokratische Partei**

Bonns Zukunft gestalten:

Nachhaltig, sozial gerecht, wirtschaftlich stark, weltoffen

Vertrag zur Bildung einer gemeinsamen Koalition

für den Rat der Stadt Bonn

2006-2009

Allgemeine Ziele

Bonn steht vor großen Herausforderungen. Die Stadt muss sich finanziell konsolidieren und gleichzeitig ihre Strukturen so weiterentwickeln, dass sie sozial gerecht und wirtschaftlich stark ihre Zukunft gestalten kann.

Der Rat der Stadt Bonn braucht dazu verlässliche Mehrheiten.

Deshalb schließen sich die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Bonn und die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bonn auf der inhaltlichen Grundlage dieser Vereinbarung zu einer Koalition für die Ratperiode bis 2009 zusammen.

Alle Partner sehen ihre Verantwortung für die Entwicklung der Stadt. Sie vereinbaren die gemeinsame Verabschiedung aller Haushalte in dieser Ratsperiode und die Erarbeitung eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes bis 2010.

Ziel ist es auch, die Entschuldung der Stadt zu forcieren.

Die Partner sind sich bewusst, dass dazu eine Politik der kleinen Schritte nicht ausreicht. Die dafür erforderlichen Maßnahmen werden sie gemeinsam entscheiden und verantworten.

Die kooperative Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern und der Oberbürgermeisterin sowie der Verwaltung werden die Koalition auszeichnen. Die Partner verabreden feste Instrumente der Zusammenarbeit. Anträge werden, so in diesem Vertrag nichts anderes verabredet wird, vor ihrer Einbringung mit den Partnern abgestimmt. So eingebrachte Anträge werden von allen Partnern in allen Gremien gemeinsam getragen. Regelmäßige Treffen zur Koordinierung der Arbeit sowohl auf ehrenamtlicher wie auf hauptamtlicher Ebene werden die vertrauensvolle Zusammenarbeit unterstützen.

Es wird eine gemeinsame Personalpolitik verfolgt, zu der gehört, dass alle Partner angemessen im Verwaltungsvorstand vertreten sein sollen.

Verantwortungsbewusst sparen – Qualität sichern

Um das strukturelle Defizit bis 2010 zu beseitigen, wird es eines Pakets an Maßnahmen bedürfen, die oft mit tiefen Einschnitten in das Leistungsangebot der Stadt verbunden sind. Hierzu gehören der Verkauf von Vermögen und städtischen Immobilien oder die Erwirtschaftung von Überschüssen genauso wie eine Überarbeitung des Bestandes an Bädern, Sportplätzen und Spielstätten in der Kultur.

Die Partner sind sich einig, dass Verkaufserlöse und eingesparte Betriebskosten bei einer Aufgabe von Standorten teilweise genutzt werden, um die verbleibenden Einrichtungen zu sanieren.

Wir werden trotz der schwierigen Haushaltslage Investitionen in städtische Infrastruktur vornehmen.

Im Bereich der Verwaltung muss überprüft werden, wie Sach- und Personalkosten weiter gesenkt werden können. Ein effektives Flottenmanagement des städtischen

Kraftfahrzeug-Fuhrparks ist entsprechend der Ratsbeschlüsse zügig umzusetzen. Bei der Senkung der Personalkosten ist darauf zu achten, dass alle Ämter und Einrichtungen je nach beschlossenen Aufgabenschwerpunkten ihren Beitrag leisten, dabei soll auch weiterhin bei Angestellten und Beamtenstellen im "höheren Bereich" anteilig gespart werden.

Die weitere Schaffung von Teilzeitstellen ist umzusetzen, so dies von den Betroffenen gewünscht wird. Die Partner wollen prüfen, ob Führungspositionen in der Verwaltung zukünftig stärker auf Zeit besetzt werden können. Bei der Fortschreibung der Personalpolitik ist es den Partnern wichtig, dass dabei niemand in Bezug auf Geschlecht, Rasse, Alter, ethnische Herkunft, Behinderung, sexuelle Orientierung, aber auch Sprache, Bildung, Lebensstil und kulturelle Werte benachteiligt wird.

Die Verwaltungsaufgaben Gebäudemanagement und Liegenschaften wollen wir enger verknüpfen, um weitere Synergieeffekte zu ermöglichen.

Soziale Leistungen wollen wir effektiv und effizient denen zugute kommen lassen, die soziale Hilfe benötigen, Missbrauch ist aber konsequent zu begegnen.

Im Bereich der Steuern und Gebühren soll weder die Grundsteuer B noch die Gewerbesteuer erhöht werden.

Die Zweitwohnungssteuer wird geprüft; die Zustimmung der Partner hängt vom Konzept ab.

Auf eine Sportstättennutzungsgebühr wird verzichtet.

Die Parkgebühren sollen in den Nebenzentren nicht angehoben werden. Eine Ausweitung der Erhebungszeiten werden wir prüfen.

Die städtischen Beteiligungsunternehmen müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes leisten.

Verkehr

Ziel der Koalition ist es, eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für Bonn zu sichern. Der Verkehrsverbund aus ÖPNV, Radverkehr und MIV ist zu optimieren.

Wir werden die Attraktivität des Nahverkehrs erhalten. Wir wollen keine Kürzung am Leistungsangebot des ÖPNV. Wir streben eine stärkere Ausrichtung des Busnetzes auf die Schiene an. Veränderungen am Leistungsangebot erfolgen nur im gegenseitigen Einvernehmen.

Wir wollen die DB-Regionalbahn RB 23 bis Ahrbrück und die DB-Regionalbahn RB 30 bis Duisdorf weiterführen, um eine innerstädtische Verbindung zu erhalten. Die DB-Haltepunkte im Regierungsviertel/Museumsmeile und zwischen Hbf-Duisdorf wollen wir vorantreiben, ebenso wie den Bau der S-13. Die Vorbereitungen, um den Bonner Hauptbahnhof über die Südbrücke an das S-Bahn-Netz anzubinden, wollen wir forcieren.

Die Hardtbergbahn und die Tieflage der Straßenbahn zwischen Bonner Talweg und Oxfordstraße werden nicht zum Gegenstand der politischen Beratungen im Rat. Die

laufende Planfeststellung zur Hardtbergbahn wird aber ohne Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln zu Ende gebracht.

Der Ausbau des Trajektknotens wird unterstützt, die endgültige Entscheidung wird von der Darstellung der Kosten und Folgekosten abhängig gemacht.

Der Anteil des Radverkehrs soll gesteigert werden, vor allem durch Schließen der Lücken im Radverkehrsnetz.

Die Kennedybrücke wird wie geplant zügig saniert.

Eine regionale Kooperation im Bereich Verkehr und Energie wird von uns unterstützt.

Planung und Wohnen

Die Koalitionspartner streben in Bonn attraktive Wohngebiete für alle an.

Die Ausweisung von weiteren Wohnbauflächen geschieht unter Berücksichtigung des IFS. Es wird schnellstmöglich ein Flächenmanagement anhand der Grundsätze des IFS entwickelt. Bis Ende 2006 wird ein Ausgleichsflächenkataster erstellt, das gesetzliche Monitoring von Ausgleichsflächen wird sofort umgesetzt.

Anzustreben ist beim Wohnungsbau ein Mix aus Eigenheimbau, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen.

In Abstimmung mit der Verwaltung wird dabei eine stärkere Vorortversickerung angestrebt. Private Entwässerung, Entsiegelung und Dachbegrünung werden durch intensive Beratung gefördert.

Die Partner werden genutzte und belegte Flächen und Gebäude intensiv auf neue Nutzungsmöglichkeiten hin untersuchen. Dem Recycling von Flächen und dem Aufzeigen neuer Nutzungsmöglichkeiten für aktuell oder absehbar brachliegende Flächen wollen wir den Vorzug geben vor der Inanspruchnahme neuer, zurzeit gar nicht für Wohn-, Gewerbe- oder öffentliche Zwecke genutzter, Flächen. Das Flächenrecycling wollen wir fördern, als Beitrag zur Haushaltssanierung, aber auch als Beitrag zur Stadtentwicklungspolitik.

Die weitere Entwicklung des ehemaligen Bundesviertels als Kristallisationspunkt des Strukturwandels sehen wir vor dem Hintergrund der noch ungenutzten Flächen aus der „Entwicklungsmaßnahme Regierungsviertel“ als eine der Hauptaufgaben der Stadtentwicklungspolitik in den nächsten Jahren.

Das Zentrenkonzept, das Bonn als Einkaufsstadt stärken soll und nicht zu Lasten der ortsnahen Versorgung gehen darf, wird fortentwickelt.

Nach Vorstellung und Auswertung der Ergebnisse der Bürgerwerkstatt zur Bahnhofsvorplatzbebauung soll der Planungsprozess zügig vorangetrieben werden. Dabei soll zunächst eine Entscheidung über das Verkehrskonzept und den Standort des Busbahnhofes fallen und dann die Frage der Südüberbauung geklärt werden. Den Bebauungsplan „Am Bruch“ (Meßdorfer Feld) werden SPD und Grüne weiterhin ablehnen, die FDP wird ihre Position für die Bebauung weiterhin verfolgen. Für die Restfläche des Meßdorfer Feldes gilt für die Partner das Gebot der Freihaltung und ökologischen Aufwertung entsprechend der gültigen Beschlüsse des Rates.

Kultur

Die Partner sind sich einig, dass Bonn auch zukünftig ein attraktives Kulturangebot vorhalten muss.

Für uns sind das Beethoven-Orchester Bonn, das Beethovenfest und die Oper sowie das städtische Schauspiel unverzichtbare Bestandteile im Kulturleben Bonns.

Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Bonn und der Wegfall der Bundesförderung machen es aber erforderlich, auch in der Kultur Einsparungen vorzunehmen.

Die vorgesehene Einsparsumme von ca. 5 Mio. Euro im Bereich Kultur wird weitestgehend aus dem Etat des Theaters der Stadt Bonn sowie dem Orchester erbracht.

Über die Form eines Angebots eines choreographischen Tanztheaters wird nachgedacht.

Die Partner werden sich abgestimmt an der Arbeit der interfraktionellen Kulturkommission beteiligen.

Umwelt und Verbraucherschutz

Bonn soll weiter als umweltfreundliche Stadt ausgebaut werden.

Die Solar-Region Bonn ist dabei ein zentraler Bestandteil der Zukunftssäule "Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft und Kulturregion"; das Projekt ist als eine Querschnittsaufgabe zu begreifen, zu der alle Teile der Verwaltung ihren spezifischen Beitrag leisten sollen.

Die Pläne zum Ausbau der Bonner MVA werden nicht weiter verfolgt.

Wichtig ist uns die Erhöhung der zu extensivierenden Flächen im Bereich der Grünflächenpflege. Hierzu sind Fachkräfte entsprechend fortzubilden. Die Information der Allgemeinheit über naturnahe Grünflächen und auch Privatgärten soll verbessert werden. In diesem Bereich ist die Zusammenarbeit mit der biologischen Station zu verstärken. Die biologische Station soll erhalten werden, es erfolgt jedoch keine Vollfinanzierung.

Die Lärminderung bleibt eine dauernde Aufgabe, insbesondere durch die Fortführung der Lärmkartierung, den Beginn der Umsetzung der Lärminderungsplanung und der aktiven politischen Einwirkung gegen Fluglärm.

Die Lebensmittelkontrollen werden verstärkt.

Soziales

Im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes werden die kleinen Zuschussempfänger aber nicht einseitig belastet werden. Mit den großen Wohlfahrtsverbänden soll ein langfristiges Konzept zum Umgang mit den sinkenden Finanzmitteln erarbeitet werden; denn auch die Sozialpolitik muss ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Die VEBOWAG ist als wohnungspolitisches Instrument der Kommune in ihrer Wirtschaftlichkeit zu stärken. Sie muss zudem innovative Wohn- und Nachbarschaftskonzepte entwickeln und unterstützen.

Der Behindertenbeauftragte erhält Rederecht in allen Gremien. Er muss über Pläne und Vorhaben der Verwaltung informiert werden und kann seine Vorschläge und Anregungen einbringen. Zusammen mit dem Behindertenbeauftragten und den Vereinen und Initiativen der Betroffenen ist ein kommunaler Plan auszuarbeiten, der die Berücksichtigung des selbst bestimmten Lebens Behinderter und den schrittweisen Abbau von Barrieren vorantreibt.

Der Bonn-Ausweis bleibt erhalten.

In der Drogenpolitik sehen die Partner mit Blick auf das Bonner Loch Handlungsbedarf. Sie stellen fest, dass Verdrängungspolitik keine Lösung ist. Abhängigen muss weiter Hilfe gegeben werden, Kriminalität ist entschieden zu bekämpfen und die Aufenthaltsqualität des Ortes für alle Bürgerinnen und Bürger ist wieder herzustellen.

Aufgrund des demographischen Wandels müssen sozialpolitisch neue Wege gegangen werden.

Hierbei steht die Nutzung vorhandener Ressourcen für neue Ideen im Vordergrund. Nachbarschaftszentren sollen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort bündeln. Dabei sollen z.B. die ehemaligen reinen Seniorenzentren zu Begegnungsstätten zwischen den Generationen werden - wo Alt Jung betreut, Jung Alt eine Aufgabe gibt, wo die eine Nation von der anderen lernt (ob Kultur oder Sprache). Solche Zentren gehören zur Internationalen Stadt Bonn und stellen Antworten auf den sozialen Wandel dar.

Darüber hinaus wollen wir Modellprojekte zum Mehr-Generationen-Wohnen initiieren.

Die Erfahrungen mit den Hausgemeinschaftskonzepten für Demenzkranke sind auszuwerten. In der Weiterentwicklung der städtischen Betreuungseinrichtungen sind diese Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Internationales

Bonn ist eine internationale Stadt mit Menschen aus vielen verschiedenen Nationen, mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen.

Die Erarbeitung und Umsetzung eines handlungsorientierten und auf Schwerpunkte konzentrierten Integrationsprogramms gehört heute zu den wichtigsten Herausforderungen.

Sprachförderung muss in der Integrationspolitik einen zentralen Stellenwert erhalten.

Die Verwaltungsstrukturen im Integrationsbereich sind weiterzuentwickeln. Die Ausländerabteilung des Bürgeramtes muss an einen zentralen Standort verlagert werden.

Die UN-Stadt muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dabei sind der Ausbau des Kongresszentrums und Errichtung des UN-Campus zentrale Bausteine.

Die Perspektivstudie soll umgesetzt, ein Internationales Kultur- und Dialogzentrum entwickelt werden, das die entwickelten Kompetenzen des CIC aufnimmt und weiterentwickelt.

Wirtschaft

Bonn hat mit Hilfe der Ausgleichsmaßnahmen des Bundes einen tief greifenden Strukturwandel erfolgreich auf den Weg gebracht. Strukturwandel bleibt aber eine Daueraufgabe. Bonn muss seine hervorragenden Potentiale noch besser zur Geltung bringen und den Wirtschaftsstandort weiter optimieren.

Dazu konzentrieren wir uns unter dem Gesichtspunkt „Stärken stärken“ auf folgende Bereiche:

- Innovative und unternehmensnahe Dienstleistungen
- Forschung und Entwicklung insbesondere IT
- Tourismus, Kongress- und Tagungswesen mit dem neuen IKBB
- Gesundheitswirtschaft
- Immobilienwirtschaft
- Sicherung und Stärkung der Einkaufsstadt Bonn.

Bonn braucht auch in Zukunft Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, im Mittelstand und im Handwerk. Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen soll durch das Beratungsangebot der Wirtschaftsförderung weiterhin unterstützt werden.

Zusätzlich brauchen wir einen "neuen Aufschlag" in der Regionalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Empfehlungen der Potenzialanalyse (Regionale Strukturförderung, Regionale Bestandpflege und Fortführung des regionalen Wirtschafts- und Wissenschaftsmarketings).

Die Existenzgründungsförderung soll ergänzt werden durch Einrichtung von Gründungs- und Innovationszentren. Ziel ist es, eine enge Verzahnung zwischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen einerseits und Wirtschaft andererseits zu erzielen und vorhandenes Potential am Standort zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage kann dies nur unter Einbeziehung vielfältiger und erheblicher privater Investitionen geschehen. Deshalb sind alle Möglichkeiten der Kombination von öffentlichen und privaten Interessen und deren Koordination („public private partnership“) auszuloten und in geeignete Modelle umzusetzen.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der vielfältigen Aufgaben und der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Partnern außerhalb der Stadtverwaltung ist zu prüfen, inwieweit die Gründung einer Standortentwicklungsgesellschaft notwendig und sinnvoll ist.

Wir sind uns einig, dass die Aktivitäten zum Stadt- und Standortmarketing verstärkt und zusammengefasst werden. Ziel ist auch die Entwicklung eines

gesamtstädtischen einheitlichen Erscheinungsbildes unter Einbeziehung aller städtischen Einrichtungen und Beteiligungsgesellschaften.

Im Rahmen eines Konzeptes zur Regionale 2010 wollen wir die Lage Bonns am Rhein touristisch besser nutzen.

Die Modernisierung der städtischen Unternehmen der öffentlichen Grundversorgung (Energie, Wasser, Verkehr, Abfall) zu kommunalen in der Region verankerten Versorgern wird fortgeführt.

Die Arbeitsmöglichkeiten der kommunalen Unternehmen müssen vor dem Hintergrund des § 107 GO gesichert werden; für die Stadtwerke streben wir die „Marktorientierte Direktvergabe“ (MOD) an.

Eine enge Verzahnung zwischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen einerseits und der Wirtschaftsförderung andererseits soll bisher brachliegende Synergien zum beiderseitigen Nutzen heben. Die Verwaltungsstruktur ist den veränderten bzw. neuen Aufgaben anzupassen. .

Die Universitätsstadt soll nach innen besser etabliert, Internationalität ein wichtiger Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik werden. Die Stadt Bonn strebt in allen Bereichen eine intensive und enge Zusammenarbeit und regelmäßigen Austausch mit der Universität an.

Ein zweijähriges wiederkehrendes wissenschaftliches Ereignis (Wissenschaftsnacht oder zukünftig auch andere Organisationsform) soll auch zukünftig durchgeführt werden.

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Familien-, Kinder- und Jugend und Bildungspolitik sind Schwerpunkt unserer Partnerschaft.

Trotz sinkender Mittel müssen die Städte kinder- und damit familienfreundlicher werden. Auf diesem Weg hat Bonn schon viel getan, die Partner nehmen sich jedoch noch mehr vor.

Bis 2010 soll für mindestens 20% der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen.

Für die Schulkinderbetreuung wird der Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule fortgesetzt.

Horte können im Einzelfall bis zur vollständigen Funktionsfähigkeit von OGS-Plus erhalten bleiben.

Die offene Jugendarbeit soll erhalten bleiben, die Kinder- und Jugendbeteiligung weiterentwickelt werden. Die sozialraumorientierte Arbeit wird ausgeweitet.

Es werden weitere Familienzentren geschaffen, die z.B. an bestehende Einrichtungen angegliedert werden. Damit sollen in Bonn Synergieeffekte bei der Betreuung und Beratung den Familien nützen.

Bildung

Die Schadstoff- und bauliche Sanierung der Bonner Schulen soll weiterhin intensiv fortgesetzt werden.

Neben den Räumen geht es aber auch um Konzepte.

Angestrebt wird der Ausbau der selbstständigen Schule und die Weiterführung des Fifty-Fifty Modells.

Ein Modell "Bündnis für Erziehung", wie es z.B. in Herten durchgeführt wird, soll auch in Bonn vor allem benachteiligten Kindern helfen.

Es werden Ganztagsmodelle bei weiterführenden Schulen geplant.

Wenn das Land NRW die Auflösung der Schulbezirke nur als Kann-Bestimmung beschließt, werden die Partner dafür sorgen, dass in Bonn die Schuleinzugsbezirke für die Grundschulen erhalten bleiben.

SPD und FDP sehen keinen Bedarf für eine 4. Gesamtschule. DIE GRÜNEN erklären hierzu ihre abweichende Position und werden entsprechend im Rat politisch agieren.

Bei der Erweiterung der Gesamtschule Bad Godesberg soll eine Klasse als integrative Klasse eingerichtet werden.

Die Stärkung der Weiterbildung genießt bei uns einen hohen Stellenwert. Die Partner streben eine gemeinsame Unterbringung von VHS und Bibliothek in einer zentralen Lage an.

Die Reihe „Universität im Rathaus“ soll fortgesetzt und konzeptionell ausgebaut werden.

Korruptionsprävention

Die Partner werden die Verwaltung beauftragen, in Verhandlungen mit „Transparency International“ zu treten, um dort „Kooperatives Mitglied“ zu werden.

Bürgerbeteiligung

Bonn hat engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren Begabungen in die Entwicklung der Stadt einbringen.

Angesichts der besonderen Herausforderung der Haushaltskonsolidierung wollen wir sie intensiv am kommunalen Diskurs beteiligen. Kommunalpolitik soll sich transparent vollziehen und zum Mitwirken einladen.

Zur Verbesserung der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger soll auch der Bürgerausschuss in seiner Arbeit effektiver gemacht werden.

Die Bemühungen um den Bürgerhaushalt werden auch mit Blick auf die Haushaltslage intensiviert. Bürgerinnen und Bürger sollen sich mit ihren Kompetenzen und Vorschlägen an der Haushaltsgestaltung beteiligen können.

Bonn, 31. Januar 2006

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Unterbezirk Bonn**



Ulrich Kelber
Vorsitzender der SPD Bonn

**Bündnis 90/ Die GRÜNEN
Kreisverband Bonn**



Beate Bänsch-Baltruschat
Vorstandssprecherin

**Freie Demokratische Partei
Kreisverband Bonn**



Werner Hümmrich
Vorsitzender der FDP Bonn
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Bonn



Wilfried Klein
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Bonn



Sonja Brachmann
Vorstandssprecherin



Dorothea Paß-Weingartz
Fraktionssprecherin



Karl Uckermann
Fraktionssprecher